



Liebe Leserin, lieber Leser,

seit über 140 Jahren feiern wir am 1. Mai den internationalen Tag der Arbeiterbewegung. Vom Kampf für den Neun-Stunden-Tag sind wir zwar schon einen weiten Weg gekommen, sehen aber auch noch viel Arbeit vor uns. Deswegen kämpfen wir wieder Seite an Seite mit den Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen, wenn auch erneut ohne klassische Demonstrationen und Kundgebungen. Für eine rechtliche Absicherung des Home-Office genauso wie für grundlegenden Arbeitsschutz von Saisonarbeiterinnen und -arbeitern. Wir wünschen uns eine solidarische Gesellschaft und treten dafür ein. Ganz nach dem diesjährigen Motto „Zukunft ist Solidarität.“

Auch dieser Monat war landespolitisch geprägt von Diskussionen über die richtige Pandemiebekämpfung. Die Impfkampagne hat inzwischen Fahrt aufgenommen und schon über 2.5 Millionen Menschen in Niedersachsen haben mindestens eine Corona-Schutzimpfung erhalten. Vom reibungslosen Ablauf im Oldenburger Impfzentrum hat sich die niedersächsische Sozialministerin Daniela Behrens selbst

ein Bild gemacht. Daneben haben wir uns unter anderem mit der anstehenden Novellierung des Niedersächsischen KiTa-Gesetzes beschäftigt. Einen kleinen Bericht zur Diskussionsveranstaltung mit KiTa-Leitungen aus Oldenburg und Umgebung lesen Sie auf Seite 6.

Im Plenum haben wir uns diesen Monat intensiv mit der Situation von Kunst und Kultur in Niedersachsen auseinandergesetzt. Einen Ausschnitt daraus finden Sie auf Seite 4. Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre und einen bewusst solidarischen Mai.

Bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße

IN DIESER AUSGABE

**Grundsteuerreform geplant** Seite 5

**Verbesserungen der Rahmenbedingungen des Ehrenamts** Seite 7

**+++ HINWEIS LANDTAGSFAHRTEN +++**

**Aufgrund der aktuellen Situation können wir noch nicht sagen, wann wir wieder Landtagsfahrten anbieten werden. Wir freuen uns bereits jetzt schon, Sie wieder in Hannover begrüßen zu dürfen.**





## **AUS DEM LANDTAG**

### **Sonderplenium am 21. April 2021 zur bundeseinheitlichen Notbremse**

Vor Eintreten der bundesgesetzlichen Notbremse diskutierte der Landtag in einer Sondersitzung vom 21. April über Nutzen und Notwendigkeit einer bundesweiten Regelung. Die SPD-Fraktion begrüßt es, wenn sich zukünftig alle Bundesländer an die vereinbarten Regelungen halten.

Niedersachsen hat in den vergangenen Monaten die Beschlüsse der Bund-Länder Runden weitestgehend umgesetzt, nimmt den Gesundheitsschutz und die Pandemiebekämpfung sehr ernst. Daher ergibt die Neuregelung durch den Bund wenige Unterschiede zu der bisherigen Landesverordnung. Bei einer Inzidenz von über 100 übernimmt der Bund die schon jetzt in Niedersachsen geltenden Kontaktbeschränkungen, wonach sich ein Haushalt mit einer weiteren Person treffen darf. Im Einzelhandel ist Click and Meet nun bis zu einem Wert von 150 statt 100 möglich.

Die wesentliche Änderung zur niedersächsischen Verordnung ist die Ausgestaltung der Ausgangsbeschränkung, die ab einer Inzidenz von 100 aktiv wird. Die Bundesregelung beinhaltet einen Automatismus statt wie zuvor eine Prüfpflicht. Dies zielt insbesondere darauf ab, unzulässige Feiern und Zusammenkünfte in privaten Räumen zu unterbinden. Eine Ausgangsbeschränkung ist ein schwerer Grundrechtseingriff, kann nur die Ultima Ratio sein. Studien belegen nachweislich eine eindämmende Wirkung auf das Pandemiegeschehen, auf die auch Niedersachsen zum jetzigen Zeitpunkt in der dritten Welle der Pandemie nicht verzichten kann. Dies zeigen auch die Erfahrungen anderer europäischer Länder, die in den vergangenen Wochen und Monaten Ausgangssperren erlassen haben, um die dritte Welle zu brechen.

Das Nebeneinander der beschlossenen Maßnahmen hilft dabei, die Verbreitung des Virus und das Infektionsgeschehen einzudämmen sowie eine Überlastung der Krankenhäuser zu verhindern. Niedersachsen gehört zu den Ländern mit dem niedrigsten Infektionsgeschehen in der Bundesrepublik. So soll es auch bleiben.

Es muss jede Möglichkeit genutzt werden, Schule im Umfeld des Corona-Virus noch sicherer als bisher zu machen, und so möglichst allen Schüler\*innen den Präsenzunterricht zu ermöglichen. Dazu gehört auch der Schutz der Lehrkräfte und weiterer Beschäftigter bei ihrer Tätigkeit in der Schule. Mit der Ausweitung der Impfungen für diese Berufsgruppen geht Niedersachsen einen weiteren, wichtigen Schritt für sichere Schulbesuche. Die Impfverordnung von Bundesgesundheitsminister Spahn bietet Spielräume, die das Land nutzt, um die Impfmöglichkeit auf alle Schulformen zu erweitern.

Neben den Schüler\*innen, die wöchentlich zwei Tests erhalten, hat Niedersachsen jetzt zunächst ein freiwilliges Testangebot für Kindergartenkinder auf den Weg gebracht. Das Land stellt dafür 18,7 Millionen Euro aus dem Corona-Sondervermögen bereit. Für die rund 200.000 Kinder zwischen drei und sechs Jahre, die einen Kindergarten besuchen oder in der Tagespflege betreut werden, stehen dann zunächst für zwei Monate zweimal wöchentlich wahlweise Spuck-, Gurgel- oder Lolli-Tests zur Verfügung. Dies ist ein wichtiger Baustein, um den Gesundheits- und Infektionsschutz in der Kinderbetreuung weiter zu erhöhen.





## AUS DEM LANDTAG

### Plenum vom 28. bis zum 30. April 2021

**In der Aktuellen Stunde "Gutes Leben in Niedersachsen – Wohnungsbau stärken, lebendige Innenstädte, Quartiere und Dörfer erhalten, gute Nachbarschaft und Zusammenhalt stärken!" macht die SPD-Fraktion auf die Lage des Wohnraums und der Innenstädte aufmerksam.**

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge für die Menschen in diesem Land. Die soziale Wohnraumförderung ist das Herzstück, wenn es darum geht, das Angebot an bezahlbaren Wohnungen auszuweiten. Das Ziel bleibt der Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität für alle Menschen in Niedersachsen. Die SPD-Fraktion will eine Landeswohnungsgesellschaft und wird hierzu noch viele Diskussionen führen. Mit dem im Niedersächsischen Landtag beschlossenen Quartiersgesetz unterstützt das Land zudem private Initiativen in Innenstädten, Orts- Wohn- oder Stadtteilzentren. Damit werden Möglichkeiten geschaffen, um die Attraktivität im Gebiet zu steigern und für eine Stärkung und Revitalisierung zu sorgen. Bauminister Olaf Lies hat Hartnäckigkeit bewiesen und damit diesen Baustein für lebendige Städte und Gemeinden auf den Weg gebracht.

#### **Grundbildung fördern, Analphabetismus bekämpfen**

Die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Qualifizierung aktueller und zukünftiger Fachkräfte gehört zu den wichtigsten Herausforderungen in Niedersachsen. Zu vielen Menschen fehlt in der heutigen Wissensgesellschaft das grundlegende Rüstzeug, um erfolgreich und umfassend am Arbeitsleben und am gesellschaftlichen Miteinander teilhaben zu können. Die SPD-Fraktion fordert deshalb, die Grundfinanzierung der Erwachsenenbildung sowie die Förderung der Landeszentrale für Politische Bildung zu erhöhen.

**Keine NS-Propaganda auf unseren Straßen: Sittenwidrige Kfz-Kennzeichen verbieten!**

Kfz-Kennzeichen mit Bezug zum Nationalsozialismus sind im öffentlichen Verkehrsraum keine Seltenheit mehr. Kennzeichen, die bei durchschnittlichen Bürgerinnen und Bürgern Assoziationen zum Dritten Reich wecken, sind mit der Werteordnung des Grundgesetzes und mit den in Deutschland anerkannten moralischen Anschauungen nicht vereinbar. Die SPD-Fraktion fordert daher die Landesregierung auf, die Kfz-Zulassungsstellen anzuweisen, über die bereits verbotenen Buchstabenkombinationen hinaus keine Kfz-Kennzeichen mit Zahlen- und/oder Buchstabenkombinationen mehr zuzuteilen, die einen eindeutigen Bezug zum Nationalsozialismus und seinen Institutionen aufweisen.

**Forschung in Niedersachsen stärken – Lehren aus der COVID-19-Pandemie ziehen und handeln**

Die weltweite Corona-Pandemie stellt Niedersachsen vor erhebliche Herausforderungen. Die Auswirkungen auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben sind vielfältig und in ihrer Dauer nicht kalkulierbar. Die Entwicklung und Produktion eines Impfstoffes sowie dessen flächendeckende Anwendung dauern in der Regel Jahre. Durch eine verbesserte Abstimmung der einzelnen Verfahrensschritte und den parallelen Aufbau notwendiger Strukturen können diese Prozesse deutlich verkürzt werden. Die SPD-Fraktion fordert daher die Landesregierung auf, die Forschungsaktivitäten niedersächsischer Hochschulen und Forschungseinrichtungen – unter anderem zur Entwicklung eines Impfstoffes, von Medikamenten und Herstellung von Antikörpern – zu unterstützen und die Förderung bedarfsgerecht auszubauen.

Nähere Informationen und weitere Themen des Plenums finden Sie **hier - auf den Seiten des Niedersächsischen Landtags.**



## AUS DEM LANDTAG

### Aus Hanna Nabers Rede zum Thema Kultur in Quarantäne

Ich denke, alle Fraktionen hier sollte das Bestreben einen, die Vielfalt von Kunst und Kultur in Niedersachsen nicht nur zu erhalten, sondern einen verlässlichen Rahmen zu bieten, dass sie sich stets weiterentwickeln und neu erfinden können.

Leider bekommt das Ansinnen der Liberalen in der Presse einen Duktus, der erneut ihre Bigotterie in der Pandemie-Bekämpfung offenbart. Von einer „von oben verordneten Quarantäne“ ist dort z. B. die Rede. Woher sollen denn wirksame Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung kommen? Richtet es, wie bei Ihnen so häufig, etwa der Markt? Oder ist es die neoliberale Strategie: Jeder ist seines Glückes Schmied, und wenn jede für sich selbst sorgt, ist für alle gesorgt? Mit Ihrem Duktus „Die da oben, wir da unten“ gießen Sie jedenfalls Wasser auf die Mühlen der Gegner unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Zudem, so der Weser-Kurier, verwies FDP-Fraktionschef Birkner auf die dramatische Lage der Kulturschaffenden, die sich in der Aktion „Alles dicht machen“ von rund 50 Schauspieler\*innen Luft gemacht habe. Abgesehen davon, dass diese Schauspieler\*innen gerade nicht repräsentativ für die Mehrheit der Kulturschaffenden sind, denen es wirklich schlecht geht: Die Beiträge, Herr Dr. Birkner, sind nicht, ich zitiere Sie, „unglücklich rübergekommen.“ Sie sind teils zynisch, teils hämisch und wenig konstruktiv. Sie sind ein Schlag ins Gesicht der Pflegekräfte, der Ärztinnen und Ärzte und all derjenigen, die sich seit über einem Jahr solidarisch verhalten.

Selbstverständlich sind Videos wie diese eine legitime Form der Meinungsäußerung. Sie sind aber auch kein kultureller Heiliger Gral - und sie haben die massive Kritik, die ihnen entgegenschlägt, verdient.

### Aus Hanna Nabers Rede zum Thema Laut statt leise

Niemand in den demokratischen Fraktionen möchte, so zumindest mein Eindruck, dass die Kulturschaffenden schweigen. Niemand möchte „alles dicht machen“. Aber wir wollen auch nicht, dass uns die dritte Welle überrollt. Die aktuellen Maßnahmen sind notwendig, zum Schutz der Bevölkerung, was auch die bundesweite Notbremse unterstreicht. Natürlich wollen wir Kultur auch hier in Niedersachsen ermöglichen, aber eben unter sicheren Rahmenbedingungen. Was geöffnet werden kann, ohne dadurch die Infektionszahlen in die Höhe schießen zu lassen, muss geöffnet werden. (...) Ich finde allerdings, die Beteiligten verschaffen sich durchaus Gehör, kreativ und politisch. Heute hier vor dem Landtag, oder aktuell in einem Offenen Brief an die Bundesregierung, den zahlreiche Kulturschaffende unterschrieben haben. Über 100 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner fordern darin, Vermögende stärker an den Kosten der Pandemiebekämpfung zu beteiligen. Die Beteiligten denken schon einen Schritt



weiter, und daran sollten wir uns beteiligen: Wir müssen verhindern, dass zukünftige Sparzwänge der leider noch immer freiwilligen Leistung Kultur ihren finanziellen Spielraum nehmen. Der Bund geht mit der zweiten Kulturmilliarde einen wichtigen Schritt für die heutige Situation von Kunst und Kultur im ganzen Land. Der nächste Schritt muss es sein, Kulturschaffende besser sozial abzusichern und die Branche vor neuen Sparzwängen zu schützen.

Es gilt das gesprochene Wort. Die kompletten Reden finden Sie auf der **Website von Hanna Naber**.





## AUS DEM LANDTAG

### Das Wichtigste in Kürze zur geplanten Grundsteuerreform

**Die Grundsteuer ist und bleibt neben der Gewerbesteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen einer Kommune.**

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Grundsteuer festgestellt, dass die derzeitige Grundsteuerregelung unter anderem aufgrund ungerechter und veralteter Einheitswerteberechnung verfassungswidrig ist. Damit war ein klarer Handlungsauftrag an die Politik mit einer Frist verbunden. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat sich dazu um eine neue Bewertungsregelung gekümmert und ein wertabhängiges Bundesmodell vorgelegt. In einem langwierigen Einigungsprozess, in dem es um den Erhalt der Grundsteuererhebungsmöglichkeit für die Kommunen dem Grunde nach ging, hat sich der Bund mit den Ländern auf eine Länderöffnungsklausel für weitere Bewertungsmodelle geeinigt. Davon können die Länder Gebrauch machen. Nach intensiven Diskussionen mit der CDU im Niedersächsischen Landtag ist die SPD-Fraktion zu dem Ergebnis gekommen, die Grundsteuer in Niedersachsen gesondert zu regeln – wie andere Bundesländer auch.

Die SPD-Fraktion hat sich auf das Niedersächsische Flächen-Lage-Modell geeinigt und in Gesprächen mit dem Koalitionspartner einen Gesamtkompromiss erzielt.

Bei diesem Flächen-Lage-Modell werden alle Grundstücke und Wohngebäude nicht nur nach ihrer Gebäude- und Grundstücksgröße bewertet, sondern auch nach ihrer Lage in einer Gemeinde in Bezug auf einen durchschnittlichen Bodenrichtwert. Man geht davon aus, dass Bewohnerinnen und Bewohner eines Grundstücks in vermeintlich „besserer“ Lage auch in einem höheren Maße von den Angeboten einer Gemeinde profitieren und somit einen höheren Anteil an der Grundsteuer leisten können. Dieser Lagefaktor ist solidarisch und gerecht.

Die zu erhebenden Daten für die Bodenwerte werden automatisch in Zusammenarbeit zwischen den Katasterämtern und den Finanzämtern generiert.

Den Kommunen soll auf die Initiative der SPD hin die Möglichkeit gegeben werden, eine Grundsteuer C einzuführen. Mit diesem Instrument können



Kommunen in eigener Verantwortung entscheiden, ob sie auf baureife, aber noch unbebaute Grundstücke eine zusätzliche Steuer erheben wollen, um eine Bebauung zu forcieren. Kommunen können nach wie vor die Art, die Höhe und den Umfang der Hebesätze völlig selbstständig bestimmen. Lediglich die Einheitsbewertung verändert sich vom Berechnungsmodus her – es erfolgt kein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung.

Die neue Grundsteuer soll generell aufkommensneutral sein und jedenfalls in Summe zu keinen neuen, zusätzlichen Belastungen bei Wohnungseigentümer\*innen sowie Mieter\*innen führen.

Der vorliegende Gesetzentwurf geht nun in den parlamentarischen Prozess. Eine Verbändeanhörung im Haushaltsausschuss ist für den 19. Mai 2021 terminiert. Beteiligt werden auch die Arbeitskreise Innen sowie Recht und Verfassung. Es folgen weitere Beratungen im Ausschuss.

Der abschließende Beschluss soll im letzten Plenum vor der Sommerpause erfolgen. Dann haben die Finanzämter Zeit, mit der Arbeit an der Kategorisierung der Lagen und Grundstücke zu beginnen und neue Einheitsbewertungen für mehr als 3,5 Mio. Grundstücke in Niedersachsen vorzunehmen. Auch die Kommunen und Kommunalparlamente müssen sich dann spätestens 2024 mit den Fragen auseinandersetzen, welche Hebesätze sie in Zukunft anwenden wollen und ob es zu einer Einführung einer Grundsteuer C kommen soll.

**Häufig gestellte Fragen und Antworten zur Grundsteuer finden Sie hier: [20210413\\_FAQ-Grundsteuer](#)**





## **NABER UND PRANGE IM GESPRÄCH MIT...**

### **Webkonferenz mit KiTa-Leitungen zur Novellierung des Niedersächsischen Kita-Gesetzes**

Wie bereits im letzten Roten Brief im März berichtet, haben Hanna Naber und Ulf Prange den KiTa-Leitungen in Oldenburg einen Gesprächstermin angeboten zur bevorstehenden Novellierung des Niedersächsischen Kita-Gesetzes (NKitaG). Es ist ihnen wichtig, die Oldenburger Sicht auf die wichtigsten Probleme der KiTas zu erhalten.

Als fachlichen Experten luden sie ihren Fraktionskollegen Stefan Politze ein, der sich als bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag intensiv mit den Einzelheiten der Novellierung beschäftigt.

Einen Schwerpunkt der Diskussion stellte neben der Forderung nach einer 3. Kraft der Fachkräftemangel dar. Die Nachfrage nach qualitativer frühkindlicher Bildung steige, während zu wenige Fachkräfte ausgebildet würden. Daneben beschäftigten sich die Anwesenden mit der fehlenden Verfügungszeit und damit, wie die Arbeitsbedingungen in den KiTas verbessert werden können, um der zunehmenden Fluktuation entgegenzuwirken.

„Manche Forderungen haben wir schon vor 20 Jahren gestellt, aber ganz viel hat sich schon getan“, resümierte Hanna Naber.

Ulf Prange bedankte sich bei den Teilnehmenden für die Einblicke in die praktische Arbeit und ergänzte: „Ihre Kritik und Ihre Forderungen nehmen wir ernst. Ziel muss es sein, insbesondere beim Fachkraft-Kind-Schlüssel voranzukommen und so die Qualität der frühkindlichen Bildung weiter zu verbessern sowie die Arbeitsbelastung zu reduzieren.“



Stefan Politze erhielt als Dank für seinen fachlichen Input einen Restaurantgutschein.

Am Dienstag, 4. Mai, fand außerdem eine Veranstaltung „Kita-Rat Weser- Ems im Gespräch mit Landtagsabgeordneten“ statt. Die Veranstaltung wurde organisiert von ver.di Bezirk Weser- Ems. Neben Hanna Naber und Ulf Prange nahmen auch weitere SPD-Landtagsabgeordnete an der Veranstaltung teil.

Die Kollegen und Kolleginnen im Kita-Rat wollten mit den Abgeordneten ins Gespräch kommen über die Novellierung des Kita-Gesetz für Niedersachsen. Sie erzählten aus ihrer Praxis und stellten dar, welche Probleme sie am Kita-Gesetz sehen und welche guten Regelungen es für gute Kitas braucht. Sie formulierten dabei klare Forderungen an die Landtagsabgeordneten.





## AUS OLDENBURG

### Sozialministerin Behrens besucht Oldenburger Impfzentrum

Am Samstag, den 24. April, besuchte die niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Daniela Behrens, das Oldenburger Impfzentrum. Bei einem Rundgang mit Oberbürgermeister Jürgen Krogmann konnte sich auch Hanna Naber einen Eindruck von der umfunktionierten Messehalle der Weser-Ems-Hallen verschaffen. „Besonders freut mich der empathische und fachlich fundierte Service. Eine gute Organisation ist wichtig, mindestens ebenso wichtig ist es aber, dass die Impfwilligen hier gut beraten und versorgt werden.“ Das Oldenburger Impfzentrum konnte bereits über 30.000 Erstimpfungen durchführen und beteiligte sich unter anderem am landesweiten Impfwochenende vom 24. und 25. April.



### Online-Umfrage zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Ehrenamts

**Hanna Naber und Ulf Prange zu Besuch beim Sanitätsdienstes in den Weser-Ems-Hallen während des Kramermarktes im Oktober 2018, um stellvertretend allen Ehrenamtlichen Danke zu sagen!**



Ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger kümmern sich um Hilfsbedürftige, unterstützen Kinder und Jugendliche, schützen Umwelt und Natur, löschen Brände, organisieren Veranstaltungen und noch vieles mehr. Fest steht: Ohne Ehrenamt wäre unsere Gesellschaft um so einiges ärmer.

Deshalb beschäftigt sich momentan eine Experten-Kommission im Niedersächsischen Landtag mit dem Ehrenamt und versucht herauszufinden, wie die Rahmenbedingungen für Ehrenamtler und Ehrenamtlerinnen verbessert werden können.

Jetzt haben alle ehrenamtlich Engagierten die Möglichkeit, ihre Wünsche und Sorgen direkt in die Arbeit der Kommission einfließen zu lassen.

Bis zum 28. Mai läuft dazu eine große Online-Umfrage: <https://survey.questionstar.com/2c1c1232>





**FÜR OLDENBURG**

## Sechs Millionen für grünen Wasserstoff - Oldenburg profitiert

Wie Hanna Naber und Ulf Prange aus dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur erfahren haben, erhält das Innovationslabor „Wasserelektrolyse: Vom Material zum System“ rund 1.2 Millionen Euro, um die Wasserstoffforschung in Niedersachsen voranzutreiben. Mit dem DLR-Institut für Vernetzte Energiesysteme und der Universität Oldenburg sind gleich zwei Oldenburger Forschungsstätten am Verbund beteiligt. Weitere Partner sind die Leibniz Universität Hannover, TU Braunschweig, TU Clausthal, das Institut für Solarenergieforschung Hameln (ISFH) und das Fraunhofer Heinrich-Hertz-Institut Goslar.

Damit ist der Verbund eines von fünf Innovationslaboren, das mit insgesamt knapp 6 Millionen Euro vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur gefördert wird.

„Ich freue mich, dass wir in Oldenburg gleich zwei hochrangige Forschungsinstitute vorweisen können, die sich an der Zukunftstechnologie Wasserstoff beteiligen. Das stärkt unseren Standort als Wissenschaftsstadt“, so Hanna Naber.

Ulf Prange ergänzt: „Wenn wir es ernst meinen mit unseren Klimazielen, müssen wir in neue Technologien investieren. Grüner Wasserstoff kann dabei eine entscheidende Rolle spielen – wenn wir ihn richtig nutzen.“

Die erste Phase der Ausschreibung „Innovationslabore für Wasserstofftechnologien“ war bereits Anfang Juli 2020 an den Start gegangen. Rund 500.000 Euro hatten die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die Ausarbeitung detaillierter Forschungsansätze vergangenes Jahr erhalten. Jetzt werden die Verbünde ihre Forschungsideen konkret umsetzen, um das Marktpotenzial von Wasserstoff zu erschließen.

Die geförderten Innovationslabore werden unter dem Dach des Energie-Forschungszentrums Niedersachsen (EFZN) mit vielfältigen und innovativen Ansätzen einen wichtigen Beitrag zum Wissens- und Technologietransfer leisten und Land und Bund damit auch den für 2030 gesetzten Klimazielen ein wenig näherbringen.

Begleitet wurde das Auswahlverfahren auch für die zweite Förderrunde von der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen (WKN), die die unabhängige wissenschaftliche Begutachtung mittels einer von ihr eingesetzten Auswahlkommission organisiert hat.

### Hintergrund: Grüner Wasserstoff

Um Wasserstoff als Energieträger nutzen zu können, muss Wasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff aufgespalten werden. Dieser Prozess ist sehr energieintensiv. Umweltschonend und effizient ist die Wasserstofftechnologie daher nur, wenn man für den Spaltungsprozess (die Elektrolyse) Strom aus erneuerbaren Energie nutzt. Der Bund hat in seinem Konjunkturpaket beschlossen, für Forschung und Entwicklung sowie die wirtschaftliche Nutzung von Wasserstoff insgesamt 9 Milliarden Euro bereitzustellen.







# FÜR OLDENBURG

## Städtebauförderungsprogramm 2021 - Oldenburg erhält 5,6 Mio. Euro

Oldenburg erhält insgesamt 5,6 Mio. EUR aus dem Städtebauförderungsprogramm 2021. Das SPD-geführte Umweltministerium unterstützt dieses Jahr insgesamt 204 Fördermaßnahmen der Städte und Gemeinden mit 121,6 Millionen Euro aus der Städtebauförderung. Zusammen mit dem kommunalen Eigenanteil können Investitionen in Höhe von rund 167 Millionen Euro umgesetzt werden.

„Die Förderung hilft Kommunen bei der Entwicklung und wirkt als Konjunkturprogramm für die örtliche Bauwirtschaft,“ betont Prange die Bedeutung der Städtebauförderung. „Dass Oldenburg auch in diesem Jahr wieder mehrere Millionen an Städtebauförderung erhält, hilft der Stadt bei der Umsetzung wichtiger städtebaulicher Projekte und Maßnahmen,“ ergänzt Naber.

Gemeinsam mit dem Bund hat das Land die Städtebauförderung im vergangenen Jahr flexibilisiert, indem die Förderprogramme von sechs auf die drei Schwerpunkte „Lebendige Zentren“, „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ und „Sozialer Zusammenhalt“ konzentriert wurden. Zudem wurde die Förderobergrenze für Erschließungsmaßnahmen rückwirkend zum 01. Januar 2020 aufgehoben. Die geänderte Förderung soll einen Beitrag dazu leisten, die Investitionsbereitschaft in den Kommunen hochzuhalten.

### Oldenburg erhält aus den drei Schwerpunkten folgende Förderungen :

-930.000 EUR aus dem Programm Lebendige Zentren für das Sanierungsgebiet Untere Nadorster Straße

-1.735.000 EUR aus dem Programm Sozialer Zusammenhalt für das Sanierungsgebiet Käthe-Kollwitz-Straße

-3.000.000 EUR aus dem Programm Wachstum und nachhaltige Erneuerung für den Fliegerhorst-





**WIR SIND FÜR SIE DA!**



facebook.com/  
**MdLPrange**  
hannanaberspd



instagram.com/  
**prangemdl**  
hanna\_naber

**SPD**   
LANDTAGSFRAKTION  
NIEDERSACHSEN

**Bürogemeinschaft Naber & Prange**

Huntestraße 23  
26135 Oldenburg

Tel.: 0441 361175-13 / 0441 361175-12

E-Mail: [wahlkreisbuero@hanna-naber.de](mailto:wahlkreisbuero@hanna-naber.de)  
[wahlkreisbuero@ulf-prange.de](mailto:wahlkreisbuero@ulf-prange.de)

Redaktionsschluss: 5. Mai 2021

Verantwortlich im Sinne des Presserechts  
(ViSdP): Hanna Naber & Ulf Prange

Redaktion: Sabine Bohlen, Alina Finke,  
Theis Hellmann &  
Oliver Schwichtenberg